



Detlef Wetzel

Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Pressekonferenz der IG Metall

„Funktionswandel von Leiharbeit - Mahnruf der Betriebsräte an die Politik“

Frankfurt, 19.08.2009

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren

laut Bundesagentur für Arbeit waren letztes Jahr im Juli noch 722 000 Menschen in der Leiharbeitsbranche beschäftigt.

Im Mai dieses Jahres – aktuellere Zahlen der Bundesagentur für Arbeit gibt es nicht – waren es noch 508 000 Menschen.

Dies bedeutet einen Abbau von über einem Drittel der Arbeitsplätze.

Wären die Leiharbeiter dort eingestellt gewesen, wo die Arbeitsplätze sind, in den ausleihenden Unternehmen, hätte es diese Entlassungen und den Personalabbau nicht gegeben.

So aber haben die Betriebsräte kaum Handlungsmöglichkeiten sich für die Leiharbeitnehmer einzusetzen.

Die IG Metall hat im letzten Jahr knapp 11 000 Mitglieder aus der Leiharbeit gewonnen.

Wir haben damit gezeigt:

Wir sind in der Lage jenseits der Stammebelegschaften erfolgreich Politik für die Menschen zu gestalten und sie an uns zu binden.

Wir haben mit über 400 „Besser-Vereinbarungen“ gezeigt:

Es ist möglich, Leiharbeit fair zu gestalten.

Diesen Weg werden wir weiter gehen.

Wir nehmen es nicht hin, dass Stammebelegschaften und Leiharbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden.

Wir nehmen es nicht hin, dass Stammarbeitsplätze zunehmend durch Leiharbeit verdrängt werden.

Wir nehmen es nicht hin, dass es in den Betrieben Beschäftigte erster und zweiter Klasse gibt.

Wir werden unsere Politik für mehr reguläre Beschäftigung und gegen prekäre Beschäftigung weiter fortsetzen.

Wir werden das Thema Leiharbeit weiterhin in die politische Arena tragen.

Und wir werden weiterhin betriebspolitisch handeln.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein Drittel Leiharbeiter weniger als vor einem Jahr - das stützt unsere Annahme, dass die Verleiher, sobald sie keinen Einsatzort für die Leiharbeiter haben, diese sofort entlassen.

Die Branche zeichnet sich damit durch einen unverantwortlichen Umgang mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus.

Denn notwendig sind diese Entlassungen nicht.

Das Mittel der Kurzarbeit wird in der Branche oft nicht einmal in Erwägung gezogen, um Kündigungen zu vermeiden.

Mit 2,3 Prozent liegt die Kurzarbeitsquote der Leiharbeitsbranche deutlich unter dem Durchschnitt des gesamten Arbeitsmarktes.

Auch das speziell auf die Verleiher ausgerichtete Sonderprogramm zur Qualifizierung wird von der Branche ignoriert.

Von den 200 Millionen Euro aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung haben Leiharbeitsfirmen im ersten Halbjahr gerade einmal 500.000 Euro beantragt, das sind nicht einmal 0,3 Prozent.

Dieser verantwortungslose Umgang mit Menschen muss beendet werden.

Unsere Forderung „Keine Entlassungen in der Krise!“ gilt auch für die Leiharbeitsbranche.

Wir fordern die Verleihunternehmen auf, von den Möglichkeiten zur Beschäftigungssicherung in der Krise Gebrauch zu machen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie in der Ihnen vorliegenden Studie beschrieben, gehen auch wir davon aus, dass die aktuelle Krise die Beschäftigtenzahl in der Leiharbeit nur vorübergehend verringert.

Die ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Stabilisierung sind da.

Und schon vermeldet die Leiharbeitsbranche steigende Leiharbeiterzahlen.

Nach dem Zeitarbeitsindex des Bundesverbandes Zeitarbeit (BZA) wurden im Juni 2009 etwa 20.000 Leiharbeiter mehr beschäftigt als im Mai.

Und die Befragung des BZA hat ergeben, dass über 70 Prozent der Verleiher mit einem Zuwachs von Leiharbeitnehmern bis zum Ende des Jahres rechnen.

Sieht man sich die Entwicklung in der letzten Aufschwungphase an und nimmt die Befürchtungen unserer Betriebsräte und Aussagen der Leiharbeitsbranche hinzu, so droht mittelfristig eine Zahl von 2,5 Millionen Leiharbeitern.

Wenn diese Entwicklung so kommt, würden im nächsten Aufschwung nicht zwei Millionen Jobs in regulärer Beschäftigung entstehen, sondern im Niedriglohnbereich und prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Das heißt:

Wenn Politik nicht endlich handelt, ist sie verantwortlich dafür, dass weitere zwei Millionen Menschen eine Perspektive auf eine gesicherte Zukunft und ein gutes Leben verwehrt wird.

Und sie ist verantwortlich für die Folgekosten, die das nach sich zieht.

Folgekosten durch

- geringeren Konsum,
- geringere Einnahmen in den Sozialversicherungskassen,
- geringere Steuereinnahmen,
- geringere Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft

und so weiter und so fort.

Darum ist es unerträglich, dass die Bundeskanzlerin zu diesem Thema schweigt.

Darum ist es unerträglich, dass Bundeswirtschaftsminister Guttenberg ein Papier in seinem Ministerium in Auftrag gibt, in dem Leiharbeit trotz Beweis des Gegenteils immer noch als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt gefeiert wird.

Wir fordern, dass eine Verbesserung der Wirtschaftslage mit dem Aufbau regulärer Beschäftigung einher gehen muss!

Ungeschützte prekäre Arbeit kann kein Leitbild für unsere Gesellschaft sein.

Erstens, weil die Menschen Perspektiven, Planbarkeit und Sicherheit für ein gutes Leben brauchen.

Zweitens wird innovatives und nachhaltiges Wirtschaften nicht durch kurzfristiges Profitdenken gesichert.

So wird häufig nicht bedacht, dass kurzfristige Kosteneinsparungen durch den Einsatz von Leiharbeit langfristige Folgekosten wie sinkende Mitarbeiterloyalität, Qualitätsprobleme und eine Erosion der Innovationsfähigkeit nach sich ziehen.

Die Zukunft der Arbeit liegt in Arbeitsplätzen mit Perspektiven.

Deshalb fordern die Betriebsräte in dem vorgelegten „Mahnruf“ an die Politik:

- Die Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Ausnahme-möglichkeiten zu Lasten von Leiharbeitnehmern
- Die Einführung einer arbeitsplatzbezogenen Höchstüberlassungsdauer
- Die Dauer des Arbeitsverhältnisses muss die Dauer des Einsatzes beim Entleiher überschreiten (Synchronisationsverbot)
- Die Stärkung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates im Entleihbetrieb
- Berücksichtigung von Leiharbeitnehmern bei den Schwellenwerten des Betriebsverfassungsgesetzes
- Aufnahme der Leiharbeitsbranche ins Entsendegesetz

Dies fordern wir auch und gerade aufgrund der Erfahrungen in den vergangenen Monaten.

Die Krise hat gezeigt, die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte müssen deutlich ausgebaut werden, damit für alle Beschäftigte eine wirksamere Interessenvertretung möglich ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wollen, dass nach der Krise reguläre Beschäftigung entsteht.

Darum werden wir natürlich nicht nur abwarten, bis der Gesetzgeber unsere Forderungen erfüllt.

Wir werden auch betriebs- und wo möglich auch tarifpolitisch handeln.

Wir wollen, dass diejenigen Stammkräfte, die in der Krise entlassen oder in Transfergesellschaften ausgegliedert wurden, nach der Krise ihren Arbeitsplatz wieder erhalten und dieser nicht durch einen Leiharbeiter besetzt wird.

Dies versuchen wir über Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträge zu regeln.

Weiterhin werden wir in möglichst vielen Betrieben „Besser-Vereinbarungen“ abschließen.

Wir wollen Leiharbeit besser stellen, Leiharbeit begrenzen und damit den Druck auf die Stammbeschäftigten mildern.

Auch tarifpolitisch werden wir handeln.

Wir haben erstmalig einen Tarifvertrag in der Textilbranche und bei VW abgeschlossen, der für die nächsten drei Jahre den Einsatz von Leiharbeit als Ausnahme begrenzt bzw. die gleiche Bezahlung wie für die Stammbeschäftigten sicherstellt.

Diesen Weg der Regelung von Leiharbeit müssen wir weitergehen.

So streben wir an, in Zukunft nur noch Pforzheim-Vereinbarungen oder sonstige Abweichungen vom Tarifvertrag abzuschließen, die eine verbindliche Regelung zur Leiharbeit enthalten.

Außerdem werden wir eine Debatte über die Zukunft des Flächentarifvertrages mit IGZ und BZA führen.

Denn es stellt sich zunehmend die Frage, ob dieser Tarifvertrag noch einen Beitrag zur Regulierung der Leiharbeit leisten kann.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wollen, dass Leiharbeit fair gestaltet wird!

Und wir haben dabei die Unterstützung der Menschen in Deutschland!

Die IG Metall hat im Rahmen der Kampagne „Gemeinsam für ein gutes Leben“ über 450.000 Menschen befragt.

77 Prozent der Befragten fordern:

In der Leiharbeit muss der Grundsatz „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ gelten!

Dies werden wir auch in der Großveranstaltung der Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben!“ am 5. September in der Commerzbank Arena in Frankfurt zum Ausdruck bringen.

Das Thema Leiharbeit wird dort eine wichtige Rolle spielen!

Leiharbeit muss endlich überall fair gestaltet werden.

Daran werden die Betriebsräte und wir die Politik vor und nach der Bundestagswahl messen.

Vielen Dank!